

politische Gegenkraft die *Movement for Democratic Change* (MDC), die sich neben den Gewerkschaften auf die städtische Zivilgesellschaft stützte. ZANU wurde „faktisch zu einer ländlichen Partei“ (231) und verteidigte in den folgenden Jahren ihre Machtstellung durch gewaltsame Bestrafungsaktionen. Die notorischste dieser Bestrafungsaktionen war nach den Wahlen 2005 *Murambatsvina*. Sie richtete sich gegen den informellen Sektor und informelle städtische Siedlungen, die als Basis der MDC gesehen wurden. Nachdem Mugabe sein Präsidentenamt bei den Wahlen 2008 nur mittels eines nie dagewesenen Ausmaßes an Gewaltanwendung verteidigt hatte, folgte eine Koalitionsregierung mit der MDC, die in den folgenden Wahlen 2013 nicht zuletzt aufgrund innerer Widersprüche ohne Chance blieb. Zugleich eliminierte Mugabe nacheinander Rivalen um seine Nachfolge, was den Weg für Mnangagwa frei zu machen schien.

Die Bilanz fällt verheerend aus. Marx zitiert die Zimbabwerin Mary Ndlovu: „Unsere Regierung führt Krieg gegen das Volk.“ (264) Seine Mugabe-Biographie kann als nachdrücklicher Hinweis gelesen werden, dass es auf den „Helden“ dieses Buches allein nicht ankommt. Vielmehr wurde ein politisches System etabliert, das auf systematischer, terroristischer Gewaltanwendung und nicht zuletzt auf Korruption beruht. Wenn nun einer der bisherigen Hauptakteure an die Spitze tritt, dürfte wenig Anlass zu Optimismus bestehen. Diese ernüchternde Einsicht wird durch die breite Fundierung dieser Biographie in soziohistorischen Zusammenhängen nachdrücklich begründet. Dass der Autor seinen Widerwillen gegen seinen Hauptprotagonisten nicht immer verbergen wollte oder konnte, findet Niederschlag in einigen unakademischen Formulierungen, für die es nach der Lektüre aber ganz gewiss nachvollziehbare Gründe gibt.

Reinhart Kößler

(<https://doi.org/10.3224/peripherie.v38i1.15>)

Georg Simonis (Hg.): *Handbuch Globale Klimapolitik*.
Paderborn: UTB 2017, 555 Seiten

Der Vertragsabschluss des Weltklimavertrags im Dezember 2015 in Paris und sein unerwartetes Inkrafttreten nur ein Jahr später stellt gegenwärtig den Höhepunkt in dem langen Versuch der globalen Klimaretting dar. Die anschließenden Verhandlungen und die Ankündigung des US-Präsidenten Donald Trump, aus dem Klimavertrag austreten zu wollen, haben weltweit zu Ernüchterung und neuen Auseinandersetzungen geführt. Hinzu kamen die Verschiebungen im Machtgefüge der beteiligten Staaten. In diese aufgeheizte Stimmung hinein veröffentlichte UTB das vorliegende Handbuch. Im Stil eines *forschungsorientierten Lehrbuchs* zeichnen die Autor_innen um den Politikwissenschaftler *Georg Simonis* die Entwicklung des Politikfeldes globaler Klimapolitik von seinen Anfängen in den 80er Jahren des 20. Jahrhunderts bis 2015 nach. Sie wollen, davon ausgehend, dass der zu beobachtende Klimawandel anthropogenen Ursprungs ist, einen Beitrag für zustimmungsfähige Lösungen leisten, indem sie aufzeigen, „welche politischen Probleme effektive Klimapolitik bewältigen muss“ (21).

Die politikwissenschaftliche Analyse kommt nicht ohne die geo- und naturwissenschaftlichen Grundlagen des Klimawandels aus, die Simonis im ersten Teil („Transdisziplinäre Grundlagen“, 35ff) eingängig und umfassend erläutert. Der zweite („Strukturmerkmale des Politikfeldes“, 137ff) und dritte Teil („Das Mehrebenen-system der Klimagovernance“, 211ff) mit Beiträgen von Simonis und *Daniel Otto* umreißen den Analyserahmen und führen in die Besonderheiten der globalen Klimapolitik ein. In den folgenden Fallanalysen greifen alle Autor_innen auf den von Simonis vorgestellten Governanceansatz zurück, der seinen Blick „auf die Bewältigung von gemeinsamen Problemen [...] sozialer Akteure“ (138) richtet (Problemlösungsperspektive). Dabei bedienen sie sich der Perspektive des historischen Institutionalismus und ergänzenden Ansätzen aus dem Konstruktivismus sowie der Diskurs- und Instrumentenanalyse mit dem Ziel, ein vertieftes Verständnis von den Zusammenhängen und Wechselwirkungen des Governancesystems zu ermöglichen.

Der vierte Teil („Transformationsgovernance“, 301ff) widmet sich in vier Fallstudien von *Jenny Tröltzsch*, *Georg Simonis*, *Sebastian Gebauer* sowie *Wolfgang Hein*, *Joachim Betz*, *Dennis Eucker*, *Jonas Hein*, *Lars Holstenkamp* und *Babette Never* Vertretern der vorherrschenden (nationalen) Akteursrollen im Rahmen des internationalen Klimaregimes: den „Vorreitern“, den „Bremsern“, den „Nachholern“ sowie den „am stärksten Betroffenen“. Hervorzuheben sind hier die Beiträge von Tröltzsch und von Gebauer, die am Beispiel der Europäischen Union (EU) und Chinas den Wandel von Machtpositionen im internationalen Staatengefüge anschaulich nachzeichnen. Im Zuge dieses Wandels habe die EU ihre Vorreiterrolle verloren, so Tröltzsch. Die Autorin sieht dies in den stark divergierenden Klimapolitiken der einzelnen Mitgliedsstaaten und den damit verbundenen langen internen Abstimmungsprozessen begründet. Dadurch trete die EU bei den Verhandlungen unflexibel auf (319). Gebauer stellt am Beispiel Chinas den zunehmenden Einfluss der Schwellenländer dar und arbeitet das Spannungsverhältnis zwischen wirtschaftlicher und sozio-ökologischer Entwicklung heraus, in dem sich diese Länder bewegen. Er schlussfolgert, es bestehe „[...] ein *window of opportunity* [...], um tiefgreifende und strukturelle [...] Weichenstellungen durchzuführen“ (393). Diese könnten es den Ländern ermöglichen, eine wirtschaftliche Entwicklung ohne tradierte Abhängigkeit von fossilen Energieträgern einzuführen.

Der fünfte Teil („Politische Rahmenbedingungen“, 449ff) bietet mit Beiträgen von *Gerhard Fuchs* und *Sandra Wassermann* über „Governance von Innovationen im Energiesektor“ (450ff) sowie von *Brigitte Biermann* über „Freiwillige Klimagovernance“ (473ff) eine anwendungsorientierte Instrumentenanalyse. Fuchs und Wassermann arbeiten heraus, „wie schwierig es ist, neue technologische Optionen gegen den Widerstand etablierter Akteure durchzusetzen“ (470). Dass es weit mehr als „freiwillige Governance“ von Unternehmen braucht, um den notwendigen Stopp der Klimaemissionen zu erreichen, auch wenn diese unternehmerischen Initiativen „für durchgreifende [staatliche] Ansätze praktische und methodische Erfahrungen bieten“ könne (494), zeigt Biermann auf.

Das Handbuch endet mit der Frage nach Governanceversagen und einem perspektivischen Ausblick („Perspektiven“, 497ff). Simonis konstatiert, bislang sei es „nicht

gelingen, ein Governancesystem zu etablieren, mit dem sich der [...] Klimawandel in ungefährliche Bahnen lenken lässt“ (498). Seiner Ansicht nach ist dieser Versuch an der im Verhältnis zur Bewältigung von aktuellen Krisen geringen politischen Aufmerksamkeit und Opferbereitschaft (Legitimation) gescheitert (519). Im Abkommen von Paris sieht Simonis die Chance, der Klimagovernance eine neue Bedeutung zu geben. Ob dem symbolischen Akt der Unterzeichnung und der Ratifizierung auch wirkungsvolle Maßnahmen folgen werden, bleibt abzuwarten.

Ein Handbuch zur globalen Klimapolitik kann aufgrund der hohen Variabilität seines gesellschaftlichen und politischen Kontextes nicht den aktuellsten Stand abbilden. Es kann aber als Lehrbuch detailliert und analytisch scharf umrissen in das Themenfeld der internationalen Klimaverhandlungen einführen und den Weg der bisherigen Verhandlungen nachzeichnen. In dieser Hinsicht ist der Band aufschlussreich und sehr gut nachvollziehbar. Der Versuch der Autor_innen, die Kernfrage, wie die als „wicked problem“ bezeichnete anthropogen verursachte Klimaerwärmung gesellschaftlich und politisch angegangen werden soll, aus historischer Perspektive zu beantworten, gelingt nicht durchgängig. Sie schaffen es aber sehr wohl, das komplexe Politikfeld der internationalen Klimagovernance Stück für Stück aufzuschlüsseln und so verständlich zu machen, warum und wie es zum heutigen Stand kam. Darüber hinaus stellen sie immer wieder die Grenzen des bisher erlangten Wissens über die Zusammenhänge im globalen Klimaregime heraus und fordern somit auf, eigene Antworten zu finden. Dieser an aktuellen Forschungen orientierte Ansatz macht das umfangreiche Lehrbuch besonders lesenswert.

Daniela Perbandt

(<https://doi.org/10.3224/peripherie.v38i1.16>)

Wolfgang Ischinger & Dirk Messner (Hg.): *Deutschlands neue Verantwortung. Die Zukunft der deutschen und europäischen Außen-, Entwicklungs- und Sicherheitspolitik*. Berlin: Econ 2017, 432 Seiten

Warum versammelt man Texte von fast 150 Autorinnen und Autoren in einem gut 430 Seiten starken Band? Texte, die fast durchweg nur zwei bis drei Seiten lang sind und allenfalls zentrale Positionen anreißen können? Texte, deren Autorinnen und Autoren zudem den unterschiedlichsten gesellschaftlichen Spektren entstammen, dem politischen Establishment natürlich wie diverse Abgeordnete aus Bundestag und Europaparlament von *Elmar Brok* über *Claudia Roth* bis *Dietmar Bartsch*, den *Think-Tanks* wie *Volker Perthes*, Direktor der *Stiftung Wissenschaft und Politik* (SWP), den Kirchen wie *Reinhard Kardinal Marx*, dem Vorsitzenden der *Deutschen Bischofskonferenz*, und *Cornelia Füllkrug-Weitzel*, der Präsidentin von *Brot für die Welt*, aber auch der Wirtschaft – *Stefan Mair* aus der Hauptgeschäftsführung des *Bundesverbandes der Deutschen Industrie* (BDI) – oder dem militärischen Milieu wie der CDU-Bundestagsabgeordnete und Oberst a.D. *Roderich Kiesewetter*? Man versammelt die Beiträge so vieler Autorinnen und Autoren, um ihre so unterschiedlichen Spektren, die sich im realen Leben fernstehen, zu einem Gedankenaustausch zusammenzuführen, der der Beginn jeglicher Debatte ist. Wer den Band kauft,